



20.8.2026

Neues erwächst aus der Herausforderung und nicht aus der Gewohnheit

Wir erleben eine Zeit, in der sich die Probleme zu häufen scheinen: ein gesellschaftliches Wahrheitsproblem, Fragen der äußeren und inneren Sicherheit, eine zunehmende Gefährdung demokratischer Kultur durch populistische Vereinfachungen, wirtschaftliche und strukturelle Herausforderungen, Bildungsprobleme und schließlich die Klimakrise mit ihren weitreichenden Folgen für nahezu alle Lebensbereiche. Dabei stehen diese Probleme keineswegs unabhängig nebeneinander. Wirtschaftlicher Strukturwandel kann Ängste und soziale Unsicherheit verstärken. Bildungsdefizite können die Fähigkeit zur selbstständigen Einordnung komplexer Informationen beeinträchtigen. Desinformation und eine zunehmend polarisierte öffentliche Kommunikation erschweren die gemeinsame Verständigung darüber, was überhaupt als gesicherte Tatsache gelten kann. Und die Folgen des Klimawandels reichen längst in Fragen der Gesundheit, der Infrastruktur, der Stadtentwicklung, der Landwirtschaft, der Wirtschaft und des Bevölkerungsschutzes hinein. Die Bundesregierung hat deshalb inzwischen eine Klimaanpassungsstrategie mit messbaren Zielen für unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche beschlossen.

Auch die wirtschaftliche Situation lässt sich nicht einfach auf die Formel „Deutschland geht es schlecht“ reduzieren. Der Sachverständigenrat beschreibt vielmehr eine Kombination aus konjunktureller Schwäche, geopolitischen Veränderungen und tiefgreifendem Strukturwandel, der durch Dekarbonisierung, Digitalisierung, künstliche Intelligenz und demografische Veränderungen beschleunigt wird. Gerade diese Differenzierung ist wichtig, wenn aus Problembeschreibungen vernünftige politische Ziele entstehen sollen.

Ähnliches gilt für die Bildung. Der Bildungsbericht 2024 zeigt beispielsweise, dass die aktuellen Leseleistungen deutscher Schülerinnen und Schüler gegenüber früheren Erhebungen deutlich zurückgegangen sind. Zugleich geht es bei Bildung nicht allein um schulische Leistungen. Bildung entscheidet auch darüber, ob Menschen Informationen einordnen, Widersprüche aushalten, Argumente prüfen und sich an einer demokratischen Gesellschaft beteiligen können.

Vielleicht sollten wir deshalb zunächst einmal innehalten. Innehalten bedeutet nicht, die Probleme kleinzureden. Es bedeutet auch nicht, angesichts von Krieg, Unsicherheit, Klimawandel, wirtschaftlichem Wandel oder politischen Konflikten untätig zu bleiben. Im Gegenteil: Wer sofort nach Lösungen ruft, ohne die Ursachen ausreichend verstanden und die Ziele geklärt zu haben, riskiert, am Ende lediglich Symptome zu behandeln. Gerade in einer solchen Situation sollten wir uns fragen: Was ist eigentlich die Ursache des jeweiligen Problems? Was ist davon Tatsache, was Interpretation und was bereits politische Bewertung? Welche Ziele wollen wir erreichen? Und welche Ziele stehen möglicherweise miteinander in Spannung?

Diese Fragen sind wichtiger, als sie auf den ersten Blick erscheinen. Denn unsere Demokratie leidet nicht nur unter konkreten Problemen, sondern zunehmend auch unter einem Verlust an Vertrauen. Eine aktuelle Veröffentlichung der Bundeszentrale für politische Bildung verweist darauf, dass nur etwa jeder Dritte mit dem gegenwärtigen Zustand von Demokratie und Gesellschaft zufrieden ist. Zugleich wird politisches Vertrauen als eine zentrale Ressource beschrieben: Es erleichtert Regelakzeptanz, Kooperation und die Fähigkeit, Konflikte auszuhalten. Sinkendes Vertrauen kann dagegen Protestbereitschaft und die Offenheit für populistische Angebote erhöhen. Das sollte uns zu denken geben.

Denn wenn Angst, Enttäuschung und Misstrauen zunehmen, wächst die Versuchung, komplexe Wirklichkeiten auf einfache Schuldzuweisungen zu reduzieren. Populistische Angebote haben es dann leicht: Hier die „guten“ Menschen, dort die „bösen“ Eliten; hier das „Volk“, dort die vermeintlichen Verursacher aller Probleme; hier die einfache Lösung, dort angeblich nur Unfähigkeit und Versagen. Doch eine demokratische Gesellschaft ist gerade dadurch gekennzeichnet, dass sie sich mit Widersprüchen auseinandersetzen muss. Es gibt selten nur einen Verursacher und noch seltener eine Lösung, die allen Interessen gleichzeitig gerecht wird. Die Bundeszentrale für politische Bildung weist darauf hin, dass die zunehmende Polarisierung des öffentlichen Diskurses und die Verbreitung von Desinformation die gemeinsame politische Verständigung erschweren können.

Deshalb sollte das Innehalten zunächst eine andere Haltung ermöglichen: nicht lamentieren, nicht wütend werden, sondern verstehen wollen. Dazu gehört zuerst die Bereitschaft, Ursachen zu benennen. Danach müssen Ziele beschrieben werden. Erst dann stellt sich die Frage, auf welchen Wegen diese Ziele erreicht werden können – und in welcher Reihenfolge. Natürlich ist es Aufgabe verantwortungsvoller Politik, solche Wege zu entwickeln, Prioritäten zu setzen und Entscheidungen zu treffen. Politik muss dabei erklären, warum sie etwas tut, welche Kosten und Nebenwirkungen damit verbunden sind und woran sich später erkennen lässt, ob eine Maßnahme erfolgreich war. Aber damit darf unsere eigene Verantwortung nicht enden.

Demokratie ist keine Dienstleistung, die man ausschließlich von Politikern und politischen Institutionen beziehen kann. Sie lebt auch davon, dass Bürgerinnen und Bürger bereit sind, sich selbst einzubringen. Das bedeutet nicht, dass jeder Mensch zu jedem politischen Thema Experte sein muss. Es bedeutet vielmehr, die eigenen Möglichkeiten ernst zu nehmen. Der eine kann sich fachlich einbringen, die andere ehrenamtlich. Einer kann Jugendlichen Wissen vermitteln, eine andere sich kommunal engagieren. Manche können durch ihre beruflichen Erfahrungen Lösungen entwickeln, andere können in ihrem Umfeld Brücken zwischen Menschen bauen. Und vielleicht ist eine der wichtigsten persönlichen Fähigkeiten, die wir gerade neu lernen müssen, eine besonders unspektakuläre: zuzuhören.

Zuhören heißt nicht, einer anderen Meinung automatisch zuzustimmen. Es heißt, zunächst verstehen zu wollen, warum jemand zu einer bestimmten Auffassung gelangt. Erst wer zuhört, kann sinnvoll widersprechen. Erst wer die Argumente des anderen kennt, kann Schwächen darin aufzeigen. Und erst wer bereit ist, die eigenen Annahmen überprüfen zu lassen, kann selbst etwas dazulernen. Die Bundeszentrale für politische Bildung nennt Zuhören, Faktenchecken, faires Argumentieren, Empathie, Frustrationstoleranz und Konfliktkompetenz ausdrücklich als wichtige Voraussetzungen einer demokratischen Diskussionskultur.

Das erscheint mir besonders wichtig, weil wir uns gegenwärtig daran gewöhnen könnten, politische Auseinandersetzung mit gegenseitiger Abwertung zu verwechseln. Eine demokratische Gesellschaft braucht Streit. Aber sie braucht einen Streit, in dem der politische Gegner nicht zum Feind erklärt wird. Wir sollten deshalb lernen, uns gegen pauschale und einfache Meinungsbilder zu wappnen – ganz gleich, von welcher politischen Seite sie kommen. Nicht jede zugespitzte Aussage ist falsch. Aber jede zugespitzte Aussage sollte die Frage aushalten müssen: Stimmt das tatsächlich? Woher wissen wir das? Welche Gegenargumente gibt es? Was würde gegen die eigene Position sprechen? Das ist keine akademische Übung. Es ist demokratische Selbstverteidigung.

Denn wer sich nicht mehr um die Unterscheidung zwischen Tatsache, Behauptung und Meinung bemüht, wird leicht zum Spielball derjenigen, die politische Erregung erfolgreicher einsetzen können als politische Argumente. Vielleicht brauchen wir deshalb neben einer Politik des Handelns auch eine Kultur des Nachdenkens. Eine Kultur, die nicht jede neue Nachricht sofort mit Empörung beantwortet. Eine Kultur, die nicht jede Unsicherheit als Beweis für Versagen versteht. Eine Kultur, die anerkennt, dass schwierige Probleme Zeit, Wissen, Abwägung und manchmal auch Kurskorrekturen benötigen. Das Innehalten wäre dann kein Zeichen von Schwäche, sondern von Verantwortungsbewusstsein.

Es könnte der Moment sein, in dem wir uns gemeinsam darauf verständigen, dass wir nicht zuerst fragen: „Wer ist schuld?“, sondern: „Was wissen wir tatsächlich?“ Nicht zuerst: „Was ist die einfachste Lösung?“, sondern: „Welches Ziel wollen wir erreichen?“ Und nicht zuletzt: „Was kann ich selbst dazu beitragen?“ Vielleicht liegt genau darin die Chance unserer gegenwärtigen Krise.

Neues erwächst aus der Herausforderung und nicht aus der Gewohnheit. Wenn wir diese Herausforderung annehmen wollen, brauchen wir weder Verzagtheit noch Wut. Wir brauchen den Mut, die Komplexität auszuhalten, die Fähigkeit zuzuhören, die Bereitschaft zu lernen und die Geduld, aus Erkenntnissen gemeinsame Ziele und daraus tragfähige Wege zu entwickeln. Das wäre kein Aufschub der notwendigen Entscheidungen. Es wäre ihre Voraussetzung.

Kurzfassung

Wir leben in einer Zeit, in der sich die Krisen nicht mehr fein säuberlich voneinander trennen lassen. Äußere und innere Sicherheit, wirtschaftlicher und technologischer Wandel, Bildungsdefizite, Klimawandel und notwendige Klimaanpassung, aber auch der Umgang mit Wahrheit, Information und politischer Kommunikation beeinflussen sich gegenseitig. Hinzu kommt eine Vertrauenskrise. Die Bundeszentrale für politische Bildung beschreibt politisches Vertrauen als eine wichtige Voraussetzung für Regelakzeptanz, Kooperation und Konfliktfähigkeit. Zugleich zeigt sie, dass lang anhaltende Krisen, wahrgenommene Ungerechtigkeit, widersprüchliche Kommunikation und politische Polarisierung Vertrauen weiter erodieren lassen können. Was folgt daraus?

Mein Eindruck ist: Wir sollten zunächst einmal innehalten. Nicht, um Probleme auszusitzen. Nicht, um notwendige Entscheidungen aufzuschieben. Und schon gar nicht, um angesichts der Entwicklungen zu lamentieren oder Wut zu entwickeln. Innehalten sollte vielmehr bedeuten, uns zunächst über die Ursachen Klarheit zu verschaffen und die Ziele zu bestimmen, die wir als Gesellschaft erreichen wollen. Denn wie sollen wir den richtigen Weg finden, wenn wir uns über das Ziel nicht verständigt haben? Und wie sollen wir beurteilen, ob eine politische Maßnahme sinnvoll ist, wenn wir Ursache und Wirkung nicht auseinanderhalten? Gerade in einer aufgeheizten öffentlichen Debatte scheint mir diese Reihenfolge wichtiger denn je: erst verstehen, dann Ziele bestimmen, anschließend Wege entwickeln.

Natürlich ist es Aufgabe verantwortungsvoller Politik, diese Wege vorzuschlagen, Prioritäten zu setzen und Entscheidungen zu treffen. Politik muss dabei erklären, was sie erreichen will, welche Kosten und Nebenwirkungen zu erwarten sind und woran sich Erfolg messen lässt. Aber Demokratie ist keine Zuschauerveranstaltung. Jede und jeder von uns sollte sich deshalb fragen, was sie oder er mit den eigenen Fähigkeiten beitragen kann. Das kann politisches Engagement sein, ehrenamtliche Arbeit, berufliche Kompetenz oder schlicht die Bereitschaft, sich mit anderen Menschen ernsthaft auseinanderzusetzen.

Vielleicht gehört dazu vor allem eine Fähigkeit, die uns in der gegenwärtigen Debatte zunehmend abhandenzukommen droht: zuzuhören. Zuhören heißt nicht, der anderen Meinung zuzustimmen. Es heißt, verstehen zu wollen, bevor man widerspricht. Es heißt, nachzufragen, statt zu unterstellen, und Argumente auszutauschen, statt Menschen in Schubladen einzuordnen. Politische Bildung kann genau diese Fähigkeiten

fördern: konstruktive Auseinandersetzung, Offenheit für andere Positionen und die Bereitschaft, Gemeinsamkeiten zu suchen.

Ebenso wichtig ist es, gegenüber einfachen und pauschalen Meinungsbildern gewappnet zu sein. Populistische Politik lebt häufig davon, komplizierte Zusammenhänge auf vermeintlich eindeutige Schuldige und einfache Lösungen zu reduzieren. Das bedeutet nicht, dass jede Kritik am politischen Establishment populistisch wäre. Aber es bedeutet, dass wir jede Behauptung – unabhängig davon, von welcher politischen Seite sie kommt – auf ihre Begründung prüfen sollten.

Was wissen wir tatsächlich? Was ist Interpretation? Was ist Meinung? Welche Gegenargumente gibt es? Und welche Folgen hätte die vorgeschlagene Lösung? Solche Fragen sind keine Haarspalterei. Sie sind demokratische Selbstverteidigung.

Auch beim Klimawandel zeigt sich, warum ein solches Innehalten notwendig ist. Klimapolitik bedeutet längst nicht mehr nur, Emissionen zu reduzieren. Wir müssen uns zugleich an unvermeidbare Folgen des Klimawandels anpassen. Die Bundesregierung hat deshalb inzwischen eine Klimaanpassungsstrategie mit 33 Zielen und 45 Unterzielen beschlossen – unter anderem für Hitze, Hochwasser, Wasserwirtschaft und Warnsysteme.

Das zeigt: Die Herausforderungen sind komplex. Gerade deshalb sind einfache Antworten verführerisch – aber selten ausreichend. Vielleicht sollten wir uns deshalb wieder stärker daran gewöhnen, dass Demokratie Zeit, Wissen, Zuhören und die Bereitschaft zum Kompromiss braucht. Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht nicht dadurch, dass alle dasselbe denken. Die bpb beschreibt vielmehr die freie Selbstregierung gleicher Bürgerinnen und Bürger als eine zentrale Grundlage demokratischen Zusammenhalts.

Innehalten wäre dann kein Zeichen von Schwäche, sondern von Verantwortung. Es gäbe uns die Möglichkeit, aus der Erregung herauszutreten, Ursachen von Symptomen zu unterscheiden, gemeinsame Ziele zu formulieren und anschließend über die besten Wege zu streiten. Denn genau darin könnte eine demokratische Antwort auf unsere gegenwärtigen Herausforderungen liegen: nicht in der Suche nach dem einfachsten Schuldigen, sondern in der gemeinsamen Suche nach dem richtigen Ziel.

Neues erwächst aus der Herausforderung und nicht aus der Gewohnheit.